

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
(10. Ausschuss)**

- 1. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Manfred Helmut Zöllmer, Michael Müller (Düsseldorf), Waldtraud Wolff (Wolmirstedt), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Ulrike Höfken, Dr. Reinhard Loske, Cornelia Behm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 15/4865 –**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 15/4499 –**

Verbraucherpolitischer Bericht 2004

- 2. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 15/4499 –**

Verbraucherpolitischer Bericht 2004

A. Problem

Zu Nummer 1

In dem Entschließungsantrag wird zu dem Verbraucherpolitischen Bericht 2004 Stellung bezogen und die Bundesregierung zu einer Reihe unterschiedlicher Maßnahmen aufgefordert.

Zu Nummer 2

Die Bundesregierung hat mit der Vorlage des Verbraucherpolitischen Berichts 2004 Ziele und Schwerpunkte der Verbraucherpolitik dargelegt, die in viele Lebensbereiche der Verbraucherinnen und Verbraucher hineinwirken und eine neue und zentrale Bedeutung gewonnen haben. Es gelte, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger systematisch in allen relevanten Politikbereichen von Beginn an einzubeziehen. Damit sei in der Verbraucherpolitik mehr als der Schutz der Individualinteressen der Verbraucherinnen und Verbraucher im Sinne staatlicher Fürsorge zu sehen. Sie stärke die Lenkungskräfte des Marktes, die

Selbstbestimmung der Verbraucher und wirke gestaltend für eine wirtschaftlich und gesellschaftlich nachhaltige Entwicklung.

Der Bericht enthält eine Reihe verbraucherpolitischer Maßnahmen zu den einzelnen Bereichen, mit denen das Gemeinwohl sowohl der heutigen als auch der kommenden Generationen Berücksichtigung finden.

B. Lösung

Annahme des Entschließungsantrags auf Drucksache 15/4865 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksache 15/4499

den Entschließungsantrag auf Drucksache 15/4865 anzunehmen.

Berlin, den 11. Mai 2005

Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Ulrike Höfken
Stellv. Vorsitzende

Manfred Helmut Zöllmer
Berichtersteller

Ursula Heinen
Berichterstatlerin

Ulrike Höfken
Berichterstatlerin

Gudrun Kopp
Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Manfred Helmut Zöllmer, Ursula Heinen, Ulrike Höfken und Gudrun Kopp

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 157. Sitzung am 17. Februar 2005 den Verbraucherpolitischen Bericht 2004 der Bundesregierung – Drucksache 15/4499 – sowie den Entschließungsantrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 15/4865 – zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für Tourismus überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Mit dem Entschließungsantrag unterstützen die Antragsteller den von der Bundesregierung vorgelegten Bericht, der den Querschnittscharakter der Verbraucherpolitik deutlich macht, und begrüßen die Breite der in dem Bericht aufgeführten verbraucherpolitischen Maßnahmen.

Mit einem umfangreichen Katalog fordern die Antragsteller die Bundesregierung auf, die in dem Bericht aufgeführten Maßnahmen weiter zu forcieren und in die verbraucherpolitische Gesamtstrategie der Bundesregierung einfließen zu lassen.

Zu Nummer 2

Der Bericht der Bundesregierung enthält eine Reihe verbraucherpolitischer Maßnahmen zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher. Durch den gesellschaftlichen Wandel, der in alle Lebensbereiche einwirkt, habe der Verbraucherschutz einen hohen Stellenwert erhalten. Kommunikationskompetenzen, Mobilität und Flexibilität bestimmen zunehmend das Leben. Neue Dienstleistungen, neue Produkte und neue Märkte entstehen. Öffentliche Dienstleistungen werden liberalisiert bzw. privatisiert, Teile der Daseinsvorsorge im Gesundheits- und Rentenbereich, für die bisher der Staat maßgeblich die Verantwortung getragen habe, werden partiell in die private Verantwortung verlagert. Mit der Öffnung solcher Märkte wird das Angebot vielfältiger und gleichzeitig ändern sich mit den neuen Wahlfreiheiten zugleich auch die Informations- und Beratungsbedürfnisse, da die Angebote zunehmend komplexer werden und Erfahrungen und Kenntnisse hierzu nicht vorhanden sind.

Die Bundesregierung hat in ihrem Verbraucherpolitischen Bericht insbesondere Maßnahmen über Ziele und Schwerpunkte der Verbraucherpolitik, zum gesundheitlichen Verbraucherschutz und zur Sicherheit der Verbraucher, zum Schutz der wirtschaftlichen Interessen sowie zur Verbraucherinformation und zum Täuschungsschutz aufgezeigt.

Im Einzelnen wird auf die in den Vorlagen aufgeführten Positionen verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Die mitberatenden Ausschüsse haben in ihren Sitzungen am 9. März, 20. April und 11. Mai 2005 wie folgt votiert:

Zu Nummer 1

Der **Finanzausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit**, der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**, der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** und der **Ausschuss für Tourismus** empfehlen jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Annahme des Entschließungsantrags auf Drucksache 15/4865.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP zugestimmt.

Der **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung** hat den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Zu Nummer 2

Der **Finanzausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit**, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**, der **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung**, der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**, der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**, der **Ausschuss für Tourismus** empfehlen jeweils die Kenntnisnahme des Berichts der Bundesregierung auf Drucksache 15/4499.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat die Vorlagen abschließend in seiner 70. Sitzung am 11. Mai 2005 behandelt. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass eine umfassende Verbraucherpolitik zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher notwendig sei.

Von den **Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wurde der verbraucherpolitische Bericht als Erfolgsbericht begrüßt, da es durch die darin dargestellten Maßnahmen gelungen sei, Verbraucher stärker vor wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schäden zu schützen. Durch Initiativen im Bereich des Vertragsrechts seien Verbraucherschutzaspekte stärker berücksichtigt worden. Auch in den Bereichen Neue Medien und Telekommunikation seien bei Internet-Dialern und Mehrwertdiensten Verbesserungen für die Verbraucher erzielt worden. Weitere gesetzliche Regelungen in diesem Bereich würden angestrebt.

Ein neuer Schwerpunkt der Verbraucherpolitik sei die Förderung des nachhaltigen Konsums. Hier sei die beachtliche Steigerung des Absatzes von „fair trade“-Produkten erfreulich.

Informationen über Lebensmittel vom Felde bis zum Konsumenten verdeutlichten die Bedeutung der Produktherkunftsinformationen insgesamt.

Das Recht auf neutrale und verlässliche Information sei im Bereich Verbraucher und Finanzdienstleistung verbessert worden. So seien nun auch Firmen des grauen Kapitalmarktes zu umfassenden Informationen verpflichtet. Künftig werde zudem das Versicherungsvertragsrecht weiter verbessert.

Verbrauchervertrauen sei entscheidend für eine wirtschaftliche Entwicklung. Von daher gebe es keinen Widerspruch zwischen verbessertem Verbraucherschutz und einer verbesserten wirtschaftlichen Entwicklung.

Die **Fraktion der CDU/CSU** begrüßte grundsätzlich, dass es einen verbraucherpolitischen Bericht gebe, in dem die zurückliegenden verbraucherpolitischen Anstrengungen und die Ziele der Regierung zusammengefasst seien. Es seien zwar die Aspekte des gesundheitlichen Verbraucherschutzes dargelegt worden, der Verbraucherschutz in den Bereichen von Recht, Wirtschaft und Finanzen würde jedoch nur unzureichend dargestellt. Die wichtige Frage von verbraucherrechtlichen Energiepreisen werde in dem Bericht nur am Rande behandelt.

Nicht nachvollziehbare Zuständigkeitsaufteilungen gebe es im Bereich der Ernährung. Probleme des Übergewichts seien beispielsweise dem BMVEL zugeordnet, bei Fragen der Fehl- und Unterernährung jedoch sei das Gesundheitsministerium zuständig. Man frage sich zudem, welche Auswirkungen und Folgen die groß angekündigte Plattform für Ernährung bisher gebracht habe.

Die **Fraktion der FDP** bezeichnete den Bericht als sehr allgemein gehalten. So würden z. B. Vorschläge vermisst, wie die Stellung von Menschen mit Behinderungen verbessert werden könne. Die Fraktion bedaure, dass eine Bilanz zu den Ergebnissen der Erhebung von Sondersteuern wie der Zigarettenbesteuerung ebenso fehle wie eine Darstellung des Datenschutzes im Zusammenhang mit Kontenabfragen. Eine Stellungnahme zur Situation der Verbraucherzentralen in den Ländern wäre ebenfalls wünschenswert gewesen. Die Fraktion der FDP spreche sich zusätzlich für eine Stärkung der Entschädigungsrechte für Bahnkunden bei Verspätungen und Zugausfällen aus.

Der Ausschuss hat den verbraucherpolitischen Bericht der Bundesregierung auf Drucksache 15/4499 zur Kenntnis genommen.

Der Entschließungsantrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/4865 wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP angenommen.

